



26.06.2008 | Nr. 246/08

Ursula Sassen: Versand verschreibungspflichtiger Arzneimittel verbieten

Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag, Ursula Sassen, hat sich heute dafür ausgesprochen, den Versand verschreibungspflichtiger Arzneimittel zu verbieten. Sie äußerte die Hoffnung, dass Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) die diesbezüglichen Bundesratsinitiativen der Freistaaten Bayern und Sachsen unterstützen werde.

„Die seit 2004 gemachten Erfahrungen mit dem Versand verschreibungspflichtiger Arzneimittel sind aus meiner Sicht alarmierend: die erhofften Einsparungen im Gesundheitswesen sind nicht eingetreten, dafür ist die Anzahl der Fälschungen explodiert“, erklärte Sassen heute (26. Juni) in Kiel.

Sassen führte dazu an, dass im Jahr 2006 von den europäischen Zollbehörden 2,7 Millionen gefälschte Produkte sichergestellt wurden, was einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 384 Prozent bedeutet. 2007 stieg die Zahl der aufgedeckten Fälle noch einmal um 50 Prozent.

Ganz offensichtlich hätten Fälscher das Internet als besonders lukrativen und schwer nachvollziehbaren Vertriebsweg entdeckt. Für die Patienten sei es schlicht unmöglich, im Internet legale von illegalen Anbietern zu unterscheiden. „Angesichts dieser eindeutigen Analyse muss der Schutz der Patienten Vorrang haben. Arzneimittelfälschungen im verschreibungspflichtigen Bereich können lebensbedrohende Folgen haben“, so Sassen.

Vor diesem Hintergrund begrüßte die Gesundheitsexpertin die am 04. Juli 2008 im Bundesrat erstmals auf der Tagesordnung stehende Bundesratsinitiative des Freistaaten Bayern (Drucksache 432/08) als sinnvolle und im Hinblick auf den Gesundheitsschutz der Bevölkerung unbedingt erforderliche Initiative. „Es wird jetzt darum gehen, die unterschiedlichen Initiativen der Bundesländer abzustimmen. Am Ende muss das Versandverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel stehen“, so Sassen abschließend.